
(Bewilligungsbehörde/Aktenzeichen)

(genaue Bezeichnung des Zuwendungsempfängers)

Betreff: **Zuwendungen des Freistaates Sachsen**
hier: (Bezeichnung des Förderprogramms)

Bezug: Ihr Antrag vom _____

Anlagen: Abdruck der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur institutionellen Förderung (ANBest-I) oder zur Projektförderung (ANBest-P/ANBest-K/ANBest-P-Kosten)

_____ (gegebenenfalls Besondere Nebenbestimmungen)
Vordruck für Empfangsbestätigung und Rechtsbehelfsverzicht
Vordruck für Anforderung der Landesmittel
Vordruck für Verwendungsnachweis

Sehr geehrte(r) _____,

ich bewillige Ihnen als Festbetrags-/Anteil-/Fehlbedarfsfinanzierung für die Zeit vom _____
bis _____ (Bewilligungszeitraum) eine rückzahlbare/bedingt rückzahlbare/nicht rückzahlbare
Zuwendung in Höhe von/in Höhe von bis zu _____ EUR
(in Worten: _____ Euro).

Die Zuwendung wird als institutionelle Förderung/Projektförderung bewilligt.

Die Mittel sind zweckgebunden und entsprechend Ihrem Antrag – unter Berücksichtigung nachstehender
Änderung – bestimmt für _____.

Die mit Hilfe der Zuwendung erworbenen Gegenstände sind _____ Jahre für den Verwendungszweck gebun-
den.

Bestandteil des Zuwendungsbescheides sind die beigefügten Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwen-
dungen zur institutionellen Förderung (ANBest-I)/zur Projektförderung (ANBest-P/ANBest-K/ANBest-P-
Kosten) sowie die ebenfalls beigefügten/nachstehenden Besonderen Nebenbestimmungen.

Bei Projektförderung mit einer Zuwendung bis 50 000 EUR, sofern in der Förderrichtlinie nichts Abweichendes bestimmt ist:

Es wird ein einfacher Verwendungsnachweis nach Nummer 6.6 ANBest-P zugelassen.

Den von Ihnen vorgelegten Finanzierungs-/Haushalts-/Wirtschaftsplan erkläre ich nach Maßgabe der Allgemeinen Nebenbestimmungen – mit folgender Änderung – für verbindlich. Der Umfang der zuwendungsfähigen Ausgaben beträgt danach _____ EUR.

Die im Finanzierungs-/Haushalts-/Wirtschaftsplan geltend gemachten Ausgaben können nicht in voller Höhe anerkannt werden, weil _____.

Die Zuwendung kann grundsätzlich erst nach Ablauf der nachstehend genannten Rechtsbehelfsfrist ausbezahlt werden. Eine frühere Auszahlung ist möglich, wenn Sie schriftlich mitteilen, dass Sie auf einen Rechtsbehelf verzichten und die Voraussetzungen nach Nummer 1.5 ANBest-I/Nummer 1.4 ANBest-P/Nummer 1.4 ANBest-K vorliegen.

Rechtsbehelfsbelehrung:

- a) Wenn der Zuwendungsbescheid von einer obersten Landesbehörde (Ministerium) erlassen wird (vergleiche §§ 68, 81, 82 VwGO):

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage bei dem Verwaltungsgericht in _____ (Anschrift des nach § 52 Verwaltungsgerichtsordnung [VwGO] zuständigen Gerichts) schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Sachsen) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Der Klage nebst Anlagen sollen so viele Abschriften beigelegt werden, dass alle Beteiligten eine Ausfertigung erhalten können.

- b) Wenn der Zuwendungsbescheid von einer **anderen Behörde** erlassen wird (vergleiche §§ 68, 70, 58 VwGO):

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe **Widerspruch** erhoben werden. Der Widerspruch ist bei _____ (Anschrift der Behörde, die den Zuwendungsbescheid erlassen hat) schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen.

Mit freundlichen Grüßen

(Unterschrift)
(Funktion/Amtsbezeichnung)